

KARSTEN WEBER

INTERNET = DEMOKRATIE ?

Prof. Dr. phil. Karsten Weber, geb. 15.4.1967 in Hanau, Ausbildung zum EDV-Kaufmann, Beschäftigung im EDV-Sektor, Studium der Philosophie, Informatik und Soziologie an der Universität Karlsruhe (TH), 1999 Promotion über ein interdisziplinäres Thema zwischen Wissenschaftstheorie und analytischer Philosophie des Geistes. 1996–99 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Studium Generale und beim Deutsch-Russischen Kolleg der Universität Karlsruhe (TH), 1999–2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für philosophische Grundlagen kulturwissenschaftlicher Analyse der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). 2003 Habilitation in Philosophie, ab 2004 Privatdozent für Philosophie an der EUV Frankfurt (Oder), von 2006 bis 2012 Professor für Philosophie an der Universität Opole/Polen, seit 2007 Honorarprofessor für Kultur und Technik an der BTU Cottbus (derzeit ruhend), 2008/2009 Gastprofessor für Informationsethik und Datenschutz an der TU Berlin, 2009 bis 2011 Gastprofessor für Informatik und Gesellschaft an der TU Berlin, seit 2011 Vertretung des Lehrstuhls für Allgemeine Technikwissenschaften an der BTU Cottbus, seit 2013 außerdem Lehrtätigkeit für Technikfolgenabschätzung an der OTH Regensburg und Koeleiter des Instituts für Sozialforschung und Technikfolgenabschätzung (IST).

1. Vorbemerkung: Worum es geht und worum es nicht geht¹

Spätestens seit die Piratenpartei in mehrere Landesparlamente einziehen konnte, wird die Gleichung *Internet = Demokratie* nicht mehr nur von den Angehörigen und Sympathisanten dieser Partei immer wieder aufgemacht; viele politische Kommentatoren scheinen ebenfalls davon überzeugt zu sein, dass Internet und Demokratie in irgendeiner Weise zusammengehören. Im internationalen Kontext wurden die Ereignisse, die in Anknüpfung an den *Prager Frühling* von 1968 oft als *arabischer Frühling* bezeichnet werden, nicht selten als *Facebook-* oder auch *Twitter-*Revolution benannt. Solchen Ansichten kann und muss man skeptisch gegenüberstehen; im Zentrum des folgenden Beitrags werden sie aber nicht stehen. Es wird auch nicht um die Piratenpartei und deren bisherige und vielleicht mögliche zukünftige Rolle im Parteien-

¹ Dieser Text beruht auf einem Vortrag für die Fachtagung „Digitalisierung der Politik – Politisierung des Digitalen“ an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing im Sommer 2012.

system der Bundesrepublik Deutschland gehen – schon weil derzeit fraglich ist, ob es eine solche Zukunft überhaupt geben wird. Es wird nicht darüber gesprochen werden, ob *Liquid Feedback* – jene Software, welche die Piraten dazu nutzen, Diskussionen zu führen – eine auch für technische Laien nutzbare Software oder derzeit nur für sogenannte *Nerds* geeignet ist. Ebenso wird die Rolle von *Facebook* und *Twitter* im Rahmen politischer Auseinandersetzungen nicht weiter beleuchtet werden. Wenn auch durchaus interessant, sind dies dennoch Detailfragen, die sich im Laufe der Zeit von selbst beantworten werden und deren Bedeutung – dies sei als These hier schon benannt – für die Veränderung der politischen Sphäre als Ganzes eher überschaubar ist. Stattdessen sollen grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Demokratie und Internet angestellt werden und über die Frage, ob es ein solches Verhältnis überhaupt gibt. Dazu wird es notwendig sein, das Klein-Klein der Tagespolitik zu verlassen und genauer zu fragen, was eigentlich jene meinen, die in der Gleichung *Internet = Demokratie* eine sinnvolle Aussage sehen. Man kann sich diesem Thema auf empirischer Ebene nähern und fragen, ob und inwieweit die Möglichkeiten, die das Internet bietet, demokratische Prozesse in realiter unterstützen. Das soll hier jedoch nicht geschehen; stattdessen wird auf einer begrifflichen Ebene untersucht, ob die Gleichung *Internet = Demokratie* in irgendeiner nichttrivialen Weise Sinn macht.

Dafür wird zunächst ein Blick auf die Geschichte und Technik des Internet geworfen; auch wenn dies in unzähligen Texten bereits getan wurde, scheint ein leidenschaftsloser Blick auf diese Themen notwendig, denn wenn man viele andere Texte liest, so ist kaum zu übersehen, dass diese immer schon aus einer bestimmten und dabei meist optimistischen Perspektive formuliert wurden.² Dass bei der Beschreibung einer Technologie immer auch Werturteile mitschwingen, ist vermutlich unvermeidbar – etwas weniger Optimismus erscheint aber angesichts von knapp 20 Jahren global verfügbarem Internet und World Wide Web durchaus angebracht, ohne dabei gleich in das andere Extrem zu verfallen und von „digitaler Demenz“³ oder „Netzwahnsinn“⁴ zu sprechen. Danach werden in ähnlich komprimierter Weise einige Anmerkungen zur Demokratie notwendig sein: Es soll versucht werden, einige unverzichtbare Kernelemente von Demokratie als Herrschafts- und Gesellschafts-

² So bspw. bei M. HAUBEN/R. HAUBEN: *Netizens* (1997); J. PALFREY/U. GASSER: *Born Digital* (2008); M. PRENSKY: *Digital Natives, Digital Immigrants Part 1* (2001); ders.: *Digital Natives, Digital Immigrants Part 2* (2001).

³ M. SPITZER: *Digitale Demenz* (2012).

⁴ E. MOROZOV: *Net delusion* (2011).

form zu benennen. Auch in diesem Fall ist es unvermeidlich, dass die Beschreibung Werturteile enthalten wird; das hier Gesagte wird vom Standpunkt einer liberalen politischen Philosophie aus gesagt – wer andere Präferenzen hegt, wird vermutlich an vielen Stellen Dissens anmelden. Man muss zwar die Existenz anderer Standpunkte anerkennen, nicht aber die Standpunkte selbst, wie RICHARD RORTY schreibt:

„Wir abendländischen liberalen Intellektuellen sollten das Faktum hinnehmen, dass wir von einem Punkt ausgehen müssen, an dem wir uns befinden, was bedeutet, dass es zahlreiche Auffassungen gibt, die wir einfach nicht ernst nehmen können.“⁵

Der Hauptteil des vorliegenden Textes wird darin bestehen, das Gleichheitszeichen in der Gleichung *Internet = Demokratie* kritisch zu hinterfragen. Dabei werden unterschiedliche mögliche Deutungen des Gleichheitszeichens untersucht, da ganz offensichtlich nicht von einer Begriffsgleichheit gesprochen werden kann.

2. Internet

Man kann trotz dessen vergleichsweise kurzer Historie ganze Seminare mit der Technikgeschichte des Internet füllen. Doch die Startpunkte einer solchen Geschichte sind bis zu einem gewissen Grad immer willkürlich gewählt; man könnte bspw. diese Geschichte mit dem optischen Telegraphen des napoleonischen Frankreich beginnen lassen, einfach weil diese Technik in ALEXANDRE DUMAS' Roman „Der Graf von Monte Christo“ eine wichtige Rolle spielt: Der Graf manipuliert eine Nachricht, um so einen Börsencrash zu verursachen. Mit diesem (fiktionalen) Beispiel könnte man nun verdeutlichen, wie bedeutsam Informations- und Kommunikationstechnologien für ökonomische Prozesse sind und welche Gefahren in deren Nutzung stecken – vor 200 Jahren ebenso wie heute. Man kann aber auch mit dem elektrischen Telegraphen beginnen; es gibt z.B. Publikationen, die vom „viktorianischen Internet“⁶ sprechen. Damit könnte man andeuten, dass bereits die frühen Prozesse der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung zu Zeiten Queen Victorias wesentlich von IuK-Technologien mitbestimmt waren. Wenn man jedoch eher visionäre Ansätze in der Technikgeschichte des Netzes hervorheben wollte, würde man bspw. auf VANNEVAR BUSH'S *Memex*-Maschine⁷ verweisen und darauf, dass die-

⁵ R. RORTY: *Solidarität oder Objektivität* (2011), S. 26.

⁶ T. STANDAGE: *The Victorian Internet* (1998).

⁷ V. BUSH: *As we may think* (1945).

se Idee Konzepte wie Hyperlinks vorwegnahm, die aber 1945 technisch noch nicht realisierbar waren, sondern noch fast 40 Jahre reifen mussten, bis TIM BERNERS-LEE am CERN die Grundlagen des World Wide Web entwickelte.⁸

Die Intention der Entwickler und Auftraggeber des Internetvorläufers war 1961 zunächst, Ressourcen, in diesem Fall Computer, einer größeren Zahl von Benutzern zugänglich zu machen.⁹ Dabei sollte es keine Rolle spielen, ob jene Benutzer physisch direkt auf den Computer zugreifen konnten oder an weit entfernten Orten tätig waren. Die historischen Abläufe der Entwicklung des Internet-Vorläufers ARPANET legen allerdings nahe, dass wohl auch wegen der zunehmenden Kosten des Vietnamkrieges, des Wettrüstens und des Raumfahrtprogramms die *Advanced Research Projects Agency* (ARPA) nicht ständig neue Computer für Universitäten finanzieren wollte und deshalb das Forschungsprojekt in Gang setzte, das zum sogenannten ARPANET führte. Darüber hinaus spielte die Idee eine Rolle, ein Kommunikationsnetzwerk zu bauen, das auch im Falle eines umfassenden Atomkriegs operabel bleiben könnte, weil es nicht auf zentrale Netzwerkknoten aufbauen sollte, sondern dezentral organisiert wäre und mithilfe vieler redundanter Verbindungen die Zerstörung von Leitungen kompensieren könnte.

Doch gleich, welches dieser Motive man in den Vordergrund rückt: Grundsätzlich war (und ist) das Internet eine komplexe Maschine – in der Techniksoziologie und -philosophie würde man von einem „großen technischen System“¹⁰ sprechen – mit vielen Teilkomponenten; es setzt sich zusammen aus Hardware und Software sowie einem organisatorischen Rahmen, der den Betrieb und die technische Weiterentwicklung des Netzes vorantreiben soll. Demokratie spielte und spielt hierbei keine Rolle. Auch der Hinweis auf die sogenannten *Requests for Comments* (RFC)¹¹, mit deren Hilfe die technische Entwicklung vorangetrieben wird, kann am Fehlen demokratischer Elemente nichts ändern. RFCs werden nicht durch Mehrheitsbeschluss in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen akzeptiert – es ist tatsächlich gar nicht so klar, wie sie verabschiedet werden.

Nachdem das Internet aus dem Größten seiner Entstehungsphase heraus war, diente es einerseits dem Militär zu – kaum überraschend – militärischen

⁸ T. BERNERS-LEE/M. FISCHETTI: *Weaving the Web* (1999).

⁹ Wenn nichts anderes genannt wird, beruhen die folgenden Bemerkungen zur Geschichte des Internet auf K. HAFNER/M. LYON: *Where wizards stay up late* (1996).

¹⁰ Bspw. P. WEINGART: *Großtechnische Systeme* (1989); R. MAYNTZ: *Große technische Systeme* (1993).

¹¹ Siehe <<http://www.ietf.org/rfc.html>>, zuletzt besucht am 16.12.2012.

Zwecken, zum anderen aber entwickelte es sich sehr schnell zum Werkzeug wissenschaftlicher Kommunikation: Mithilfe von E-Mails (seit 1971) lassen sich weltweit verteilte Forschungsgruppen viel leichter koordinieren als bspw. per Post oder Telefon; man kann mit dem Internet sehr leicht und sehr schnell Dokumente austauschen oder frühe Versionen einer Publikation einem breiten wissenschaftlichen Publikum zur Verfügung stellen. Ohne Zweifel hat das Internet die wissenschaftliche Arbeit erheblich verändert (mit dem Ausdruck Revolution sollte man allerdings sparsam umgehen) und den Informationszugang für viele Menschen ungemein erleichtert. Das kann demokratische Prozesse sicherlich befördern, im Vordergrund stand dies aber nicht.

Mitte der 1990er Jahre wurde das Internet dann massentauglich durch die Entwicklung des World Wide Web (WWW). Viele Menschen setzen Internet und WWW gleich, technisch gesehen ist aber das WWW „nur“ eine weitere sogenannte Protokollschicht in der Internetkommunikation.¹² Aber diese Schicht machte es nun auch technischen Laien möglich, die Informationsbestände des Internet zu nutzen. Dies führte sehr rasch dazu, dass Unternehmen Zugänge zum Internet für andere Unternehmen und für Privatpersonen anboten, dadurch mehr Menschen im Netz präsent waren und daraufhin viele Unternehmen das Internet als Marktplatz entdeckten. Daher ist die Phase ab Mitte der 1990er Jahre geprägt durch E-Commerce; Unternehmen wie Amazon oder eBay sind heute die Überlebenden eines Konkurrenzkampfes, der um die Jahrtausendwende unzähligen Firmen den Garaus bereitete und riesige Geldbeträge vernichtete – daher wird diese Zeit auch als Dotcom-Blase bezeichnet, die Anfang des neuen Jahrtausends mit großem Getöse platzte. Diese Phase ist aber auch mitverantwortlich dafür, dass das Internet heute global verbreitet ist, denn kein Land und kein Unternehmen wollte es wagen, nicht auf diesem Marktplatz präsent zu sein. Auch in Diktaturen und autoritär regierten Staaten – wenn auch mit manchen Einschränkungen, die ideologisch und/oder religiös fundiert sind – wird das Internet in immer größerem Maße genutzt. Wiederum ist von Demokratie nicht viel zu sehen, denn der Abbau von Informationsasymmetrien¹³ zwischen Konsumentinnen und Konsumenten auf der einen Seite und Unternehmen auf der anderen ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, doch eben noch keine Demokratie.

In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends kam dann das sogenannte *Web 2.0* auf: soziale Netzwerke wie *Facebook*, Mikrobloggingssysteme wie *Twitter*,

¹² Siehe bspw. H. ZIMMERMAN: OSI reference model (1980).

¹³ Ausführlich z. B. bei C. SHAPIRO/H. R. VARIAN: Information rules (1998).

Videoportale wie *YouTube*, aber auch Weblogs und nur noch online verfügbare Zeitungen wie die *Huffington Post*. Alle diese Angebote basieren ganz wesentlich auf *user generated content*: Die Nutzer selbst werden zu Medienproduzenten – ihre Doppelrolle wird daher mit *Produzter* oder auch *Prosumer* bezeichnet.¹⁴ Die Möglichkeit der Bereitstellung selbst produzierter Inhalte hat nun die Erwartung bzw. Hoffnung geweckt, dass die klassischen Massenmedien an Macht verlieren werden, weil sie nicht mehr ihre Gatekeeper-Rolle spielen könnten, und dass mehr Menschen politisch aktiv werden würden.

Dies ist es wohl, was Gleichungen wie *Internet = Demokratie* motiviert. Denn natürlich kann all dies demokratische Prozesse erleichtern oder ermöglichen. Doch das Internet bzw. das Web 2.0 wird auch von den Parteigängern Vladimir Putins genutzt, um die sogenannte *Demokratur* in Russland zu stützen, es wird von Islamisten, Dschihadisten und Salafisten zur Verbreitung ihrer Hasspredigten verwendet, von Neonazis und Linksextremisten, von Rassisten und vielen anderen, die mit Demokratie nun rein gar nichts zu tun haben wollen, außer dass sie die Demokratie nutzen möchten, um sie zu zerstören. Trotzdem ist das Web 2.0 mit seinen partizipatorischen Möglichkeiten eine wesentliche Ursache dafür, dass sich Menschen vom Internet (mehr) Demokratie erhoffen. Insbesondere die sogenannten *netizens*¹⁵ oder *digital natives*¹⁶ – die Eingeborenen des Internet, die oft von sich selbst sagen, dass sie im Netz lebten – fordern daher auch, dass sie selbst bestimmen wollen, welche Regeln im Netz gelten. Das ist nun tatsächlich ein wesentliches Element der Demokratie: Selbstbestimmung. Doch bevor hierauf genauer eingegangen werden kann, müssen noch zwei Aspekte angesprochen werden, die mit dem Eigentumsanspruch bzgl. des Internet und der Funktion des Web 2.0 als Informationsquelle verbunden sind.

Auch wenn wichtige Teile des Netzes durch die öffentliche Hand finanziert werden, so gilt trotzdem, dass es – im Großen und Ganzen gesehen – heute im Wesentlichen privatwirtschaftlich betrieben wird. *Amazon*, *eBay* und *Facebook* waren schon genannt worden, *Google* indirekt über den Verweis auf *YouTube*. Das Netz als System aus Datenleitungen wird z.B. von Firmen wie *Akamai* betrieben; viele Verwaltungsaufgaben des Netzes werden von privatwirtschaftlich organisierten Firmen übernommen – kurzum: zu sagen, dass

¹⁴ Den Ausdruck *Prosumment* hat Alvin Toffler bereits 1980 geprägt (siehe A. TOFFLER: *The Third Wave* (1980)); siehe auch A. BRUNS: *Vom Prosumenten zum Produzter* (2010).

¹⁵ M. HAUBEN/R. HAUBEN: *Netizens* (1997).

¹⁶ J. PALFREY/U. GASSER: *Born Digital* (2008); M. PRENSKY: *Digital Natives, Digital Immigrants Part 1* (2001); ders.: *Digital Natives, Digital Immigrants Part 2* (2001).

das Netz den Menschen gehöre, die es nutzen, ist deskriptiv wie präskriptiv nicht ganz unproblematisch. Auf der Beschreibungsebene gilt dies allenfalls für kleinere Teile des physischen Netzes und vielleicht für die Inhalte, welche die Nutzer selbst produzieren; auf der normativen Ebene aber wird mit solchen Aussagen ein massiver Eingriff in bestehende Eigentumsverhältnisse gefordert.

Der zweite Aspekt, der zumindest angedeutet werden muss, bevor über Demokratie zu sprechen sein wird, ist die Funktion des Internet bzw. Web 2.0 als Informationsquelle. Es wird oft behauptet, dass das Netz die Möglichkeit bereitstelle, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger umfassend informieren könne. Das mag im Prinzip sogar richtig sein, doch in der Realität stimmt es nicht. Tatsächlich deuten viele Untersuchungen darauf hin, dass Menschen, die vor allem das Internet als Informationsquelle und hierbei insbesondere Blogs oder Facebook nutzen, tendenziell nur Informationen zur Kenntnis nehmen, die ihren eigenen Einstellungen und Überzeugungen entsprechen. In der Psychologie spricht man hier von Vermeidung von kognitiver Dissonanz – man will sich eben nicht von neuen und der eigenen Meinung widersprechenden Informationen beunruhigen lassen.¹⁷ Darüber hinaus bestimmen *Facebook* und vor allem Suchmaschinen wie *Google* ganz wesentlich, welche Informationen wir zu sehen bekommen – sie sind die neuen Gatekeeper.¹⁸ Tatsächlich gibt es sogar eine Suchmaschine, die dies zum Geschäftsmodell erhoben hat: *blekko.com* ermöglicht den Nutzern zu bestimmen, ob sie z. B. nur Informationen sehen wollen, die mit ihrer eigenen politischen Grundstimmung konform gehen. Meinungsvielfalt und der Wettbewerb der Ideen – beide wichtig für Demokratie – sehen jedoch anders aus.

3. Demokratie

Eine Geschichte der Demokratie würde, noch mehr als eine Geschichte des Internet, den Rahmen eines Aufsatzes sprengen; daher soll auch gar nicht erst versucht werden, Erschöpfendes zur Demokratie zu sagen. Stattdessen soll als Ausgangspunkt eine Unterscheidung vorgenommen werden, die auf BENJAMIN CONSTANT zurückgeht: Er spricht von der „Freiheit der Alten“ im Gegensatz

¹⁷ Bspw. in K. WEBER et al.: *Konvergente Medien* (2009) und K. WEBER/R. DRÜEKE: *Konvergente Medien* (2010).

¹⁸ Siehe bspw. K. WEBER: *Search Engine Bias* (2011); ders.: *Suchmaschinen und die Repräsentation von Kultur* (2011).

zur „Freiheit der Moderne“¹⁹; im Kontext dieses Beitrags kann auch von der Demokratie der Alten und der Demokratie der Moderne gesprochen werden.

Die Alten, das sind hier natürlich die antiken Griechen bzw. die wenigen griechischen Staatstaaten, die für eine, historisch gesehen, kurze Zeit demokratisch organisiert waren. Aus unserer heutigen und insbesondere aus unserer heutigen westlich geprägten Perspektive war die Demokratie im antiken Griechenland defizitär, da nur die freien Männer an ihr partizipieren konnten – Frauen, von den Unfreien und Sklaven ganz zu schweigen, waren ausgeschlossen. War diese Form der Demokratie also aus heutiger Sicht defizitär, da sich nur Wenige daran beteiligen durften, ging sie in anderer Hinsicht deutlich weiter als heute, denn weit mehr Aspekte des öffentlichen Lebens waren demokratischer Kontrolle unterworfen: SOKRATES wurde durch Mehrheitsbeschluss zum Tode verurteilt; das heißt, dass Gerichtsurteile demokratisch abgestimmt wurden. Für die Verfechter der antiken griechischen Demokratie stand die Teilhabemöglichkeit an der politischen Willensbildung im Zentrum ihrer Überlegungen; die heute als ebenso wichtig angesehene Garantie von Bürgerrechten war ihnen weitgehend bis vollständig unbekannt. Ähnlich hat es rund 2000 Jahre später im Zuge der Aufklärung JEAN-JACQUES ROUSSEAU gesehen, denn auch für ihn stand Teilhabe im Vordergrund, um so der *volonté generale* zur Durchsetzung zu verhelfen. Meinungs- und Religionsfreiheit hingegen, zwei der wesentlichen Bürgerrechte, spielten für ihn nur eine untergeordnete Rolle²⁰ – man kann sogar vermuten, dass Demokratie in unserem Sinne ROUSSEAU eher fremd war.²¹

Ganz anders die liberale Denktradition bzw. die Demokratie der Moderne: Herrschaft ist hier ein Werkzeug, um Aufgaben zu meistern, die einzelne Personen oder Personengruppen nicht mehr allein oder durch freiwillige Kooperation bewältigen können. Da diese Herrschaft aber immer auch die Bürgerrechte tangieren kann und wird – meistens in Form eines Eingriffs oder gar einer Verletzung –, ist es naheliegend, diese Herrschaft demokratisch zu kontrollieren, damit jeder Bürger (und heute glücklicherweise auch jede Bürgerin) eine Stimme bei der Gestaltung der Machtausübung hat.²² Für die liberale Denktradition ist demokratische Herrschaft und deren Kontrolle aber nicht

¹⁹ Vgl. J. RAWLS: *Justice as Fairness* (1985).

²⁰ Siehe bspw. Kap. 2, 7 und 8 des vierten Buches in J.-J. ROUSSEAU: *Vom Gesellschaftsvertrag* (2008 [1762]).

²¹ Siehe bspw. Kap. 4 des dritten Buches in J.-J. ROUSSEAU: *Vom Gesellschaftsvertrag* (2008 [1762]).

²² Man könnte dies als Kurzfassung von J. LOCKE: *Two treatises of government* (1988 [1690]) verstehen.

Selbstzweck, sondern Instrument zur Sicherung der Bürgerrechte und damit zur Ermöglichung eines möglichst freien Lebens mit so wenig staatlichen Eingriffen wie möglich. ISAIAH BERLIN ging in seinem Text „Two Concepts of Liberty“ sogar so weit zu sagen, dass der Schutz der Bürgerrechte nicht notwendig die Existenz einer Demokratie voraussetze, sondern auch in einer Monarchie gesichert werden könne, sofern nur Rechtsstaatlichkeit herrsche.²³ ISAIAH BERLIN gibt damit das Stichwort für eine weitere wichtige Unterscheidung: In der politischen Philosophie wird zwischen negativen und positiven Rechten unterschieden. Negative bzw. Abwehrrechte sind bspw. Meinungs- und Religionsfreiheit. Solche Abwehrrechte werden insbesondere von der liberalen Denktradition betont, da angenommen wird, dass nur die Sicherung dieser Rechte gewährleisten könne, dass die Bürgerinnen und Bürger eines Landes ein freies Leben führen können. Positive Rechte sind nun solche, die die Ansprüche und den Zugriff auf die gesellschaftlichen Ressourcen konstituieren, bspw. also Unterstützungsrechte durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen. Am Beispiel des Urheberrechts – ein Thema, das sehr prominent in der Gesamtdebatte um das Internet auftaucht – kann man dies recht gut zeigen. Das Urheberrecht schützt den Urheber eines Werkes sowohl bezüglich seiner Persönlichkeits- als auch seiner Verwertungsrechte hinsichtlich seines geistigen Eigentums; es ist damit ein Abwehrrecht gegenüber dem Staat, aber vor allem auch gegenüber anderen Personen. Doch vielen *digital natives* geht dieses Abwehrrecht viel zu weit und sie fordern den möglichst ungehinderten und freien Zugriff auf das geistige Eigentum anderer. Dies kann man so übersetzen, dass einerseits der Staat die Bedingungen für einen freien und ungehinderten Zugriffs auf solche Ressourcen herstellen müsse und andererseits die Produzenten geistigen Eigentums die Pflicht hätten, diese Ressourcen anderen zur Verfügung zu stellen.²⁴ Wie schon in Bezug auf die Eigentumsansprüche bezüglich des Internet gesagt, ist auch hier festzuhalten, dass solche Forderungen deskriptiv wie präskriptiv alles andere als unschuldig sind.

Versucht man nun zu bilanzieren, welche Formen der Demokratie und welche Rechte in der Gleichung *Internet = Demokratie* vorkommen, so legen bspw. die Piraten eher Betonung auf die Rousseau'sche Variante, da sie das Netz dazu benutzen möchten, mehr Bereiche des öffentlichen Lebens der (direkt)demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Sie drängen zudem auf die

²³ I. BERLIN: Two Concepts of Liberty (1969).

²⁴ Dies wäre zu verstehen im Sinne des Informationszugriffs als positives Recht. Siehe K. WEBER: Anything goes? Ethisch sensible Problemfelder in der digital vernetzten Wirtschaft (2009).

Stärkung positiver Rechte im Sinne des freien Zugangs zu Informationen. Sicherlich sind ihnen auch negative Rechte wichtig, hier insbesondere Meinungsfreiheit und Privatsphäre. Doch zumindest einige der *digital natives* – jene nämlich, die zur *Post-Privacy-Bewegung*²⁵ gehören – tendieren dazu, Privatsphäre abschaffen zu wollen und auch den intimen und privaten Lebensbereich der öffentlichen Kontrolle auszusetzen.

Bei HANNAH ARENDT oder auch JÜRGEN HABERMAS ist Öffentlichkeit der Raum der freien politischen Auseinandersetzung.²⁶ Auch dieser Raum wird von Gesetzen gestaltet, doch sollte er im Idealfall nur so wenig wie möglich durch staatliche Willkür beeinträchtigt werden. Speaker's Corner, der Marktplatz, die Agora, das Forum: All dies sind räumlich definierte Metaphern für eine freiheitlich gestaltete politische Öffentlichkeit. Doch im Internet gibt es diese Räume viel seltener als viele glauben: *Facebook* und *Twitter* bspw. werden von Unternehmen betrieben, die noch dazu ihren Firmensitz in den USA haben und damit amerikanischem Recht unterworfen sind. Diese Firmen nehmen sich das Recht (und nach der herrschenden Rechtslage haben sie es auch) zu bestimmen, was über ihre Plattformen kommuniziert wird. Sie filtern die Inhalte nach ihren Vorstellungen; diese Öffentlichkeit ist also nicht nur der Willkür des Staates ausgesetzt, sondern auch jener der sie bereitstellenden Unternehmen. Für Demokratie sind das nicht gerade die besten Voraussetzungen.

4. = (Gleichheitszeichen)

Das Gleichheitszeichen zwischen Internet und Demokratie kann sicherlich nicht im Sinne einer Begriffs- bzw. Bedeutungsgleichheit verstanden werden. Im technischen Sinne verstanden ist das Internet ein komplexes System, bestehend aus Hard- und Software sowie einer organisatorischen Rahmung; das hat wenig bis nichts mit Demokratie zu tun. Denn diese benötigt keine Netzwerkverbindungen, Router, Switches, ISO-OSI-Schichtenmodelle, Server oder E-Mail-Dämonen; Demokratie funktioniert nach sehr einfachen Regeln und kann im Prinzip mit Low-Tech realisiert werden. Im Idealfall benötigt man Menschen, die Handzeichen geben und die Fähigkeit, diese zu zählen. Im Gegensatz dazu sind Systeme, wie sie sich z.B. in Form von *Liquid Feedback* oder *Adhocracy* manifestieren, kompliziert und voraussetzungsreich. Sie führen Komplexitätsebenen ein, die für viele Menschen (politische) Partizi-

²⁵ CHR. HELLER: *Post Privacy* (2011).

²⁶ K. WEBER/R. DRÜEKE: *Konvergente Medien* (2010).

pation eher erschweren denn erleichtern würden, da sie erhebliche kognitive und zum Teil auch technische Fertigkeiten und Kenntnisse voraussetzen, die beileibe nicht allgemein verbreitet sind – selbst unter gebildeten Menschen. Vor allem aber gilt: Die Regeln der Demokratie sind einfach, die Themen, die demokratisch behandelt und einer Entscheidung zugeführt werden sollen, sind es nicht. Daran kann auch Technik nichts ändern.

Die anderen oben angeführten Aspekte des Internet weisen ebenfalls nur schwache begriffliche Überschneidungen zur Demokratie auf. Daher kann man kurz und bündig sagen, dass das Gleichheitszeichen zwischen Internet und Demokratie keine Bedeutungsgleichheit anzeigt. Will man dieser Aussage entgegenhalten, dass das Internet doch so viele (basis)demokratische Elemente und Regelungsstrukturen umfasse, dann spricht man auf der theoretischen Ebene eine Tautologie aus: *Demokratie = Demokratie*. Auf der empirischen Ebene jedoch wäre diese Aussage schlicht als falsche Behauptung zu qualifizieren, da die Entscheidungsstrukturen im organisatorischen Rahmen des Internet, bspw. bei der ICANN, alles andere als (basis)demokratisch sind bzw. demokratische Experimente in der jüngeren Vergangenheit gescheitert sind. Entscheidend ist, dass eines der Kernelemente von Demokratie, das sind allgemeine, gleiche und geheime Wahlen, im Internet für das Internet nicht implementiert ist.

Wenn man das Gleichheitszeichen also nicht im Sinne einer begrifflichen Übereinstimmungsrelation verstehen kann, liegt die Idee nahe, es stattdessen als Anzeichen einer Verursachungsrelation zu verstehen: Internet bewirkt Demokratie. Dies anzunehmen implizierte nun aber einen Technikdeterminismus, der theoretisch wie empirisch nicht zu halten wäre. Eine Technologie allein verursacht keine sozialen Prozesse, und dies ist Demokratie nun einmal, genauso wenig wie Technologie Ideen, auch das ist Demokratie, verursacht. Allenfalls kann Technologie ein Faktor unter vielen sein, der soziale Prozesse beeinflusst; eher wäre sogar davon zu sprechen, dass Technologie Rahmenbedingungen oder Kontexte bilden kann, die soziale Prozesse mitbestimmen und/oder einbetten. Das aber ist eine viel schwächere Beziehung als Verursachung. Umgekehrt gilt, dass Demokratie als Regierungs- und Herrschaftsform selbst nicht die Entstehung von Technologie bewirkt oder verursacht. Personen bewirken und verursachen etwas in der sozialen Welt; auch hierbei kann man dann bezüglich der Regierungsform von einem Kontext oder von Rahmenbedingungen sprechen, die die Entwicklung von Technologie mitbestimmen dadurch, dass sie ein Umfeld darstellen, das dieser Entwicklung

mehr oder minder förderlich ist. Das aber ist wiederum ein viel schwächeres Prinzip als jenes der Verursachung.

Schauen wir uns daher ein solches schwächeres Prinzip an, jenes der *Ermöglichung*. Auch dieses kann bezüglich Internet und Demokratie in zwei Richtungen verstanden werden: Das Internet ermöglicht Demokratie oder aber die Demokratie ermöglicht das Internet. Intuitiv ist jedoch klar, dass das Prinzip der Ermöglichung gar nicht ausführlich diskutiert werden muss, da sowohl Internet als auch Demokratie letztlich unendlich viele Ereignisse, Prozesse, Handlungen oder Ideen ermöglichen, sofern man Ermöglichung nur schwach genug versteht. Sicher: Internet kann Demokratie ermöglichen im Sinne bspw. von „kann ein hilfreiches Werkzeug dazu sein“. Das gilt aber auch für das Internet in Bezug auf autoritäre Staatsformen (etwa bei der Überwachung der Bürger), für moralisch verwerfliche Handlungen, für Straftaten und so fort. Das Internet als Werkzeug der Demokratie ermöglicht zudem *Astroturfing*, *Sockenpuppen* oder *search engine bombs*, also verdeckte Techniken der Meinungsmanipulation und des Lobbying im Internet.²⁷ Es wird also auch hier Starke und Schwache geben – das Gegenteil zu hoffen bedeutete, einer Illusion aufzusitzen.²⁸ Das Internet kann Werkzeug für vieles sein (und ist es auch), es ist in dieser Hinsicht neutral.

Empirisch gesehen gibt es zudem keinen schlagenden Beweis dafür, dass das Internet ein besonders wirksames Instrument für Demokratie wäre, sofern die Demokratie nicht schon besteht. Kuba, China, Iran, Ägypten, die Liste kann (leider) noch verlängert werden: Es gibt in diesen Ländern Internet, aber nichts, das es derzeit wert wäre, Demokratie genannt zu werden, wenn man unter Demokratie mehr verstehen will als die bloße Möglichkeit der Stimmabgabe. Demokratie ist eben auch Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, Glaubensfreiheit, funktionierende Institutionen, funktionierende Verwaltung, Abwesenheit von Korruption, der Vorrang des Zivilen vor dem Militärischen. Natürlich kann man seinen Anspruch an Demokratie herunter-schrauben, um dann die Behauptung bestätigt zu sehen, Internet ermögliche Demokratie. Aber diese Vorgehensweise wäre sowohl intellektuell wie moralisch unredlich. Ähnlich wie die Hoffnungen enttäuscht wurden, dass Handel und Marktwirtschaft unabwendbar und zwangsläufig Demokratie nach sich ziehen werden, wird wohl auch die Hoffnung enttäuscht werden, dass die Ver-

²⁷ K. WEBER: Search Engine Bias (2011).

²⁸ Wenn auch sehr polemisch geschrieben, lohnt ein Blick in E. MOROZOV: Net delusion (2011).

breitung einer bestimmten Technologie eine zwangsläufige Entwicklung hin zur Demokratie auslösen könne.

Ermöglicht denn wenigstens die Demokratie das Internet? In einem trivialen Sinne sicherlich. Immerhin kann man feststellen, dass die Entwicklung des Internet in demokratischen Rechtsstaaten ihren Ausgang genommen hat. Mehr scheint in dieser Hinsicht jedoch nicht gesagt werden zu können. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedeuten letztlich Vertrauen in die Bürger und Kontrollabgabe des Staates. Unter solchen Bedingungen sind kreative Prozesse vermutlich leichter zu realisieren als in einem strengen Kontrollregime. In diesem Sinne ermöglicht Demokratie also das Internet, mehr aber nicht. Demokratie ist ein der Technologieentwicklung vermutlich förderlicher Kontext, doch zeigt der wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Aufholprozess, den bspw. China gerade mit Riesenschritten durchläuft, dass auch andere Regierungs- und Herrschaftsformen solche förderlichen Bedingungen bereitstellen können.

Folgt man dem schon Gesagten, kann Technologie einen Kontext bzw. Rahmenbedingungen setzen. Das Internet kann in diesem Sinne z. B. die Verbreitung von Informationen unterstützen, die für demokratische Entscheidungsprozesse wichtig sein könnten. Wenn nun bspw. mehr Menschen mithilfe des Internet auf solche Informationen zugreifen können, mag das der Demokratie förderlich sein. Doch damit solche Informationen überhaupt verfügbar gemacht werden können, bedarf es des politischen Willens sie freizugeben, z. B. durch die Verabschiedung von Informationsfreiheitsgesetzen. Hier muss übrigens formuliert werden: Von den USA lernen, heißt Demokratie lernen, denn dort gilt auf Bundesebene bereits seit 1966 der sogenannte „freedom of information act“²⁹. Damit das Internet also zur Demokratie beitragen kann, bedarf es schon der Demokratie in dem oben angesprochenen umfassenden Sinn. Die Piratenpartei existiert, weil wir in einem demokratisch und rechtsstaatlich organisierten Staat leben, das Internet war eben keine hinreichende Bedingung für die Gründung der Piraten. Für diese Partei mag das Internet eine notwendige Bedingung der Möglichkeit des eigenen Entstehens und Existierens sein, für Parteien generell gilt dies jedoch nicht.

In jedem Fall muss, damit das Internet einen Beitrag zur Demokratie leisten kann, Demokratie schon bestehen – und zwar in einem anspruchsvollen Sinne. Hierfür gibt es im Übrigen starke empirische Indizien: Die vermeintlichen

²⁹ <http://www.justice.gov/oip/foia_updates/Vol_XVII_4/page2.htm>, zuletzt besucht am 24.01.2013.

Revolutionen im Iran oder in Ägypten sind bspw. schlicht gescheitert. Weder Internet noch Mobiltelefone reichen aus, um Gesellschaften zu transformieren. Um dies erreichen zu können, müssen mehr Voraussetzungen erfüllt sein. Aber auch um Revolutionen, gleich mit welchem Ausgang, überhaupt erst zu beginnen und zu betreiben, mögen Internet oder Mobiltelefone hilfreich sein, letztlich sind sie aber belanglos. Wer sich gegen eine Obrigkeit auflehnt, die jedes Gewaltmittel wie Folter, Mord und Terror verwendet und die auch nicht davor zurückschreckt, die eigenen Bürger vom Säugling bis zum Greis zu Hunderten zu schlachten, muss bereit sein, Leib und Leben in die Waagschale zu werfen und den Tod als Preis für die Durchsetzung der eigenen Überzeugungen zu akzeptieren. In diesem Zusammenhang von einer *Facebook*- oder *Twitter*-Revolution zu sprechen, verhöhnt die Opfer jener Gewalt.

5. Eine Antwort

Damit ist die Antwort auf die Frage dieses Beitrags gegeben: Die Gleichung kann so nicht aufgehen. Das Internet ist ein mächtiges Werkzeug für viele Unterfangen. Doch zu hoffen, dass es gleichsam automatisch zu Demokratie führe, ist falsch. Wer Demokratie haben möchte, muss Demokraten haben, die bereit sind, sich für die eigenen politischen Überzeugungen zu engagieren. Dazu gibt es im Übrigen mehr Möglichkeiten als *Liquid Feedback* oder *Adhocracy*. Nur bedingen diese Möglichkeiten, z.B. Vereine, Verbände, Parteien, in aller Regel ein längerfristiges Engagement. Die dafür notwendige Selbstbindung wollen oder können viele Menschen offensichtlich nicht mehr eingehen – die Ursachen und Gründe hierfür sind vielfältig und verweisen auf Zusammenhänge, die nur sehr wenig mit dem Internet, dafür aber sehr viel mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun haben.

Damit könnte man es bewenden lassen, doch muss dieser bereits skeptischen Antwort noch eine Warnung beigelegt werden: Internet kann auch zu weniger Demokratie führen, sofern man eben ein anspruchsvolles Konzept von Demokratie voraussetzt. Denn je mehr Lebensbereiche durch das Internet öffentlich sichtbar werden und der öffentlichen Kontrolle unterliegen, umso mehr schwinden die Rückzugsbereiche vor der Zumutung der steten Bewertung eigener Entscheidungen und Handlungen – dies kann im Extremfall zum Tugendterror der Öffentlichkeit führen. Das wiederum aber bedeutete das Ende der individuellen Freiheiten, das Ende der Privatsphäre und damit das Ende der Möglichkeit, sich in einem substantiellen Sinn als Autorin oder Autor des eigenen Lebens zu verstehen. Privatsphäre als wichtiges Konzept der

Aufklärung und des liberalen Denkens sollten wir nicht so leichtfertig zur Disposition stellen, wie dies die *Post-Privacy*-Bewegung bereit ist zu tun. Ganz entgegen der Meinung der Proponenten dieser Bewegung wird weniger Privatsphäre eben nicht zu einem besseren gesellschaftlichen Klima beitragen, sondern zu politischer Entmündigung.

Wer das nicht glaubt, möge einmal laut und deutlich, öffentlich und massenmedial das bestehende Urheberrecht verteidigen, sich kritisch zu *Anonymous* äußern oder aber das Pech haben, öffentlich einer Straftat verdächtigt zu werden – alle drei Beispiele sind Ereignissen der letzten Monate geschuldet. Von sogenannten *shitstorms*, um jemanden mundtot zu machen, öffentlichem An-den-Pranger-stellen durch die Veröffentlichung von Wohnortadresse und anderen personenbezogenen Daten bis hin zum Aufruf zur Lynchjustiz – natürlich stets mithilfe des Internet – sollte man auf alles gefasst sein. In jedem Fall sollte man mit massiven Angriffen auf die eigene bürgerliche Existenz rechnen, denn auch das ermöglicht das Internet. Zur Euphorie, so gesehen in wohl jeder deutschen Tages- und Wochenzeitung bspw. angesichts der Kombination von Partei und Internet in der Gestalt der Piraten, besteht mithin also kein Anlass.

Zusammenfassung

WEBER, KARSTEN: **Internet = Demokratie?**
ETHICA 21 (2013) 4, 315–331

Das Aufkommen der Piratenpartei hat in Deutschland dazu geführt, dass in vielen öffentlichen Diskussionen dazu tendiert wird, einen engen Zusammenhang von Internet und Demokratie herzustellen. Im Text wird jedoch aufgezeigt, dass dieser Zusammenhang, sofern er überhaupt existiert, allenfalls sehr lose ist.

Bürgerrechte
Demokratie
Internet

Summary

WEBER, KARSTEN: **Internet = Demokratie?**
ETHICA 21 (2013) 4, 315–331

The formation of the Pirate party in Germany raised a public debate in which a strong relationship between Internet and democracy is assumed. However, in this essay it will be stressed that this relationship, if it exists at all, is a pretty loose one.

Civil Rights
Democracy
Internet

Literatur

BERLIN, ISAIAH: Two Concepts of Liberty, in: Ders.: Four Essays on Liberty. Oxford: Oxford University Press, 1969.

BERNERS-LEE, TIM/FISCHETTI, MARK: Weaving the Web: The original design and ultimate destiny of the World Wide Web by its inventor. New York: Harper, 1999.

- BRUNS, AXEL: Vom Prosumenten zum Produzent, in: Birgit Blättel-Mink/Kai-Uwe Hellmann, (Hrsg.): Prosumer Revisited. Wiesbaden: VS Verlag, 2010.
- BUSH, VANNEVAR: As we may think. *Atlantic Monthly* 176 (1945) 1, 101–108.
- HAFNER, KATIE/LYON, MATTHEW: Where wizards stay up late: The origins of the Internet. New York: Simon & Schuster, 1996.
- HAUBEN, MICHAEL/HAUBEN, RONDA: Netizens: On the history and impact of Usenet and the Internet. Los Alamitos/California: IEEE Computer Society Press, 1997.
- HELLER, CHRISTIAN: Post Privacy: Prima leben ohne Privatsphäre. München: Beck, 2011.
- LOCKE, JOHN: Two treatises of government. New York: Cambridge University Press, 1988 [1690].
- MAYNTZ, RENATE: Große technische Systeme und ihre gesellschaftstheoretische Bedeutung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45 (1993) 1, 97–108.
- MOROZOV, EUGENY: The Net Delusion. How Not to Liberate the World. London et al.: Gardners Books, 2011.
- PALFREY, JEFFREY/GASSER, URS: Born Digital: Understanding the First Generation of Digital Natives. New York: Basic Books, 2008.
- PRENSKY, MARC: Digital Natives, Digital Immigrants Part 1. *On The Horizon – The Strategic Planning Resource for Education Professionals* 9 (2001) 5, 1–6.
- Digital Natives, Digital Immigrants Part 2: Do They Really Think Differently? *On The Horizon – The Strategic Planning Resource for Education Professionals* 9 (2001) 6, 1–6.
- RAWLS, JOHN: Justice as Fairness: Political not Metaphysical. *Philosophy and Public Affairs* 14 (1985) 3, 223–252.
- RORTY, RICHARD: Solidarität oder Objektivität. Stuttgart: Philipp Reclam jun., 2001.
- ROUSSEAU, JEAN-JACQUES: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart: Philipp Reclam jun., 2008 [1762].
- SHAPIRO, CARL/VARIAN, HAL R.: Information rules: A strategic guide to the net Work economy. Boston/Massachusetts: Harvard Business School Press, 1998.
- SPITZER, MANFRED: Digitale Demenz: Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen. München: Droemer, 2012.
- STANDAGE, TOM: The Victorian Internet: The remarkable story of the telegraph and the nineteenth century's online pioneers. London: Weidenfeld & Nicolson, 1998.
- TOFFLER, ALVIN: The Third Wave. New York: Morrow, 1980.
- WEBER, KARSTEN: Anything goes? Ethisch sensible Problemfelder in der digital vernetzten Wirtschaft. In: Detlev Aufderheide/Martin Dambrowski (Hrsg.): Internetökonomie und Ethik. Wirtschaftsethische und moralökonomische Perspektiven des Internets. Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 556. Berlin: Duncker & Humblot, 2009.
- Search Engine Bias, in: Dirk Lewandowski (Hrsg.): Handbuch Internet-Suchmaschinen, Band 2. Heidelberg: Akademische Verlagsanstalt AKA, 2011.
- Suchmaschinen und die Repräsentation von Kultur, in: Gerhard Banse/Irene Krebs (Hrsg.): Kulturelle Diversität und Neue Medien. Berlin: Trafo, 2011.
- WEBER, KARSTEN/DRÜEKE, RICARDA: Konvergente Medien, Fragmentierung der Öffentlichkeit und medienethische Anmerkungen. *Zeitschrift für Kommunikationsökologie und Medienethik* 12 (2010) 1, 68–72.
- WEBER, KARSTEN/DRÜEKE, RICARDA/LANGEWITZ, OLIVER/NAGENBORG, MICHAEL: Konvergente Medien – Integration oder Fragmentierung von Öffentlichkeit? *Merz Medien + Erziehung, Zeitschrift für Medienpädagogik* 53 (2009) 6, 83–92.

WEINGART, PETER: „Großtechnische Systeme“ – ein Paradigma der Verknüpfung von Technikentwicklung und sozialem Wandel, in: Peter Weingart (Hrsg.): Technik als sozialer Prozess. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1989.

ZIMMERMANN, HUBERT: OSI reference model – The ISO model of architecture for open systems interconnection. *IEEE Transactions on Communications* 28 (1980) 4, 425–432.

Prof. Dr. Karsten Weber, Lehrstuhl f. Allgem. Technikwissenschaften, Fakultät 1,
BTU Cottbus, Erich Weinert-Str. 1, D-03044 Cottbus

Karsten.Weber@tu-cottbus.de